



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Staatliche Pressestelle

23. Januar 2002

Es gilt das gesprochene Wort

### Haushalt 2002 eingebracht

## **Neue Prioritäten und Impulse für Hamburg als wachsende Stadt**

### **Rede von Finanzsenator Dr. Wolfgang Peiner vor der Hamburgischen Bürgerschaft zur Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes 2002:**

"Frau Präsidentin,  
meine Damen und Herren,

„Wir wollen ein Hamburg, das als wachsende Metropole national und international ganz oben ist“ – das hat der Erste Bürgermeister Ole von Beust in seiner Regierungserklärung am 14. November 2001 als strategisches Ziel vorgegeben.

Der Haushaltsplan 2002, den der alte Senat im September 2001 in die Bürgerschaft eingebracht hat, ist der Diskontinuität anheim gefallen. Der Haushaltsplan 2002, den der Senat heute einbringt, basiert aus Zeitgründen noch auf den technischen Grundlagen des damaligen Entwurfes. Er spiegelt aber bereits die strategischen Vorgaben der Regierungserklärung wider.

Mit ihm sichert der Senat die Finanzierung der politischen Schwerpunkte als Voraussetzung für das Wachstum der Stadt: Innere Sicherheit, Bildung und Verkehrsfluss. Zugleich setzt er in diesem Haushalt erste Impulse zum Wachstum unserer Stadt durch zusätzliche Investitionen und aktives Flächenmanagement. Die neuen Schwerpunkte werden finanziert durch Umschichtungen im Haushalt, also gegenüber dem alten Entwurf ohne Erhöhung des Gesamtvolumens im Betriebshaushalt.

Das Gesamtvolumen des Haushalts beträgt rund 9,7 Mrd. Euro. Die Steigerungsrate der bereinigten Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr beträgt 1,8 % und liegt damit noch unterhalb der Empfehlungen des Finanzplanungsrates.

Der Horizont, vor dem der Haushalt realisiert wird, hat sich gegenüber September 2001 verdunkelt. Kennzeichnend für das finanzpolitische Umfeld sind dramatisch gesunkenen Steuereinnahmen. Schon der Haushalt 2001 musste mit 463 Mio. Euro weniger auskommen als geplant. Der Haushalt 2002 muss nach der Steuerschätzung vom November 2001 nochmals 226 Mio. Euro weniger an Steuereinnahmen verkraften als noch im Entwurf des alten Senats vom September 2001 gehofft.

Unser „Kassensturz“ belegt, dass der alte Senat vor der Wahl in seiner Schlussbilanz von der Haushaltslage in der Öffentlichkeit ein verzerrtes Bild gezeichnet hat. Weder steht Hamburg so solide dar, wie er es dargestellt hat, noch ist das Ende der Konsolidierung erreicht. Die Ursachen liegen einerseits in der Haushaltspolitik der Vergangenheit, aber auch an den Veränderungen im finanzpolitischen Umfeld aufgrund der Neuordnung der Besteuerung von Kapitalgesellschaften und der aktuellen konjunkturellen Entwicklung. Die Veränderung im finanzpolitischen Umfeld sowie die Analyse der Haushaltslage haben es erforderlich gemacht, den Finanzbericht 2002 neu zu erstellen. Der Finanzbericht 2002 (neu) erläutert die finanzielle Situation ausführlich. Er liegt Ihnen vor, ich möchte deshalb auf Einzelheiten verzichten.

Das finanzpolitische Umfeld kann Hamburg allein nicht verändern. Hier sind der Bund und alle Bundesländer gefordert. Alle Parteien fordern weniger Unternehmenssteuern als Voraussetzung für mehr Investitionen, mehr verfügbares Einkommen für die Menschen durch Steuersenkungen. ‚Weniger Steuern‘ bedeutet aber auch ‚weniger Staat‘, denn wir können nur das ausgeben, was wir von Bürgern und Betrieben erhalten – es ist ihr Geld.

Der Ruf nach „weniger Steuern“ muss deshalb mit der Reduzierung von Ansprüchen an den Staat gekoppelt werden. Dies müssen wir den Bürgern erklären, dieser Aufgabe werden wir uns stellen.

### **Ziele unserer Finanzpolitik**

Ich zitiere hierzu den Ersten Bürgermeister aus seiner Regierungserklärung:

„Bei dieser Weiterentwicklung (unserer Stadt) stehen wir vor großen Aufgaben, die neben der Definierung der Ziele auch finanzierbar sein müssen. Sozusagen vor die Klammer gehören dabei nicht nur die uns verbindenden Grundüberzeugungen in der Koalition, sondern die Ziele unserer Finanzpolitik“.

- Wir wollen bis 2004 den Betriebshaushalt ausgleichen.
- Wir wollen ab 2003 die Nettoneuverschuldung schrittweise senken.
- Wir stärken bereits ab 2002 die Zukunftsinvestitionen mit einem 50 Mio. Euro Programm, das Aufträge für die Handwerksbetriebe in Hamburg bringen soll.
- Wir wollen die öffentlichen Unternehmen in den Dienst der strukturellen Entwicklung unserer Stadt stellen, um Hamburg als Sitz von Unternehmenszentralen zu erhalten.
- Wir werden in diesem Jahr ein Konzept für ein aktives Flächenmanagement vorlegen, um neue Wohnungen und Betriebe zu errichten und damit Steuerkraft, Kaufkraft und Beschäftigung in Hamburg zu sichern und nach Hamburg zu bringen.
- Wir wollen Finanzpolitik transparent machen und die Menschen beteiligen.

Mit dem Haushalt 2002 steigen wir in die Verwirklichung der Ziele ein. Dazu noch einmal aus der Regierungserklärung:

„Wer glaubt, der Wechsel bei der Schwerpunktsetzung (Innere Sicherheit, Bildung, Verkehr) bedeute, es gebe keinen Zwang mehr zur Haushaltskonsolidierung, der täuscht sich. Im Gegenteil: Einnahmeausfälle auf der einen Seite und sich realisierende Ausgaberrisiken auf der anderen Seite, verbunden mit notwendigen Mehrausgaben in den politisch gewollten Aufgabenfeldern verursachen in den anderen Politikfeldern die Notwendigkeit von – zum Teil drastischen – Einschnitten.“

### **Beteiligung der Bürger**

Die Verwirklichung dieser Ziele verlangt also Entscheidungen für Prioritäten und Posterioritäten. Mit dem Haushalt 2002 dokumentiert der Senat seine Entscheidungsfähigkeit und Verantwortung beim Umgang mit dem Geld des Bürgers: die neuen politischen Schwerpunkte werden ohne Erhöhung des Haushaltsvolumens im Betriebshaushalt finanziert.

Auf dem Weg zur wachsenden Stadt nimmt der Senat die Bürger und Betriebe mit. Finanzpolitik stellt Aufgaben, die die Mitgestaltung aller Entscheidungsträger verlangt. Die derzeitige finanzielle Lage verlangt das konstruktive Mitwirken aller Parteien, Verbände, Kammern und der Bürger an der Konsolidierung des Haushalts. Transparenz ist die Voraussetzung. Diese haben wir mit dem neuen Finanzbericht umfassend und nachvollziehbar geschaffen.

Uns ist der Rat der Bürger und Betriebe wichtig, wenn es um die notwendigen Sparmaßnahmen geht. Deshalb rufe ich alle Bürger und Betriebe auf, Vorschläge für die effiziente Verwendung von Haushaltsmitteln zu machen. Das Geld der Bürger soll nicht für Maßnahmen ausgegeben werden, deren Finanzierung auch auf andere Weise sichergestellt werden kann und die nicht zu den staatlichen Kernaufgaben gehören.

Die Bürger können uns ihre Vorschläge und Ideen per Fax (Nummer 4279 23 500) und per Email ([buengerforum@fb.hamburg.de](mailto:buengerforum@fb.hamburg.de)) mitteilen.

Wir wollen den Bürgern die Beteiligung am Vermögen der Stadt anbieten. Deshalb prüfen wir die Errichtung eines Hamburg-Fonds, in den vorrangig die von der öffentlichen Verwaltung genutzten Grundstücke und Gebäude eingebracht werden sollen. Die Bürger sollen dann Anteile erwerben können. In einem späteren Schritt werden wir die unmittelbare Beteiligung der Hamburger an öffentlichen Unternehmen prüfen.

### **Schlussbilanz des alten Senats**

Die Schlussbilanz des alten Senats muss an entscheidenden Stellen vor dem Hintergrund der umfassenden Bewertung aller Zahlen korrigiert werden. Exemplarisch nenne ich den Bereich der Schulden und den der sog. Schattenhaushalte.

Ab dem Haushaltsjahr 1994 wurde zunehmend städtisches Vermögen veräußert, um Defizite im Betriebshaushalt zu finanzieren, insgesamt 3,5 Mrd. Euro sind so in den Betriebshaushalt geflossen. Standortinteressen wurden Kassengründen geopfert. Diese einmaligen Einnahmen waren wesentlicher Bestandteil des „Konsolidierungsprogramms 1994 bis 2001“. Nur dadurch konnte verhindert werden, dass der Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg für die Finanzierung von Betriebsausgaben Kredite vom Kreditmarkt aufnehmen musste, denn diese sind für die Finanzierung der Investitionsausgaben vorgesehen und durch diese der Höhe nach auch begrenzt.

Die Darstellung des Schuldenstandes, der auf Hamburg lastet, bliebe allerdings unvollständig, wenn man nicht auch die Schulden solcher öffentlicher Unternehmen einbeziehen würde, die sonst von der Freien und Hansestadt Hamburg aufzunehmende Kredite ersetzt haben oder die im Zusammenhang mit Zahlungen an den öffentlichen Haushalt eingegangen wurden:

- a) schon bislang wurden im Finanzbericht neben den konsolidierten Schulden der Freien und Hansestadt Hamburg die Verbindlichkeiten der Wohnungsbaukreditanstalt aufgeführt, die diese gegenüber Kreditinstituten eingegangen ist.

Entsprechend sind in diesem Zusammenhang auch die von der Projektierungsgesellschaft für die Airbus - Produktion aufgenommenen Kredite zu betrachten, mit denen die Zwischenfinanzierung für die Herrichtung des Erweiterungsgeländes dargestellt wird und die aus Erlösen des beabsichtigten Verkaufs der DaimlerChrysler Luft- und Raumfahrt Holding-Anteile abgelöst werden soll. Derzeit beläuft sich die Verschuldung der Projektierungsgesellschaft für die Airbus - Produktion auf 125 Mio. Euro.

Schließlich ist die Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung im Volumen von 1,4 Mrd. Euro Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten eingegangen, um Beteiligungen zu finanzieren, u.a. in Höhe von 1,25 Mrd. Euro zur Finanzierung von stillen Einlagen bei der Hamburgischen Landesbank.

- b) von den insgesamt 1994 bis 2001 erzielten Veräußerungserlösen von fast 3,5 Mrd. Euro, die überwiegend im Haushalt vereinnahmt worden sind, sind die „echten“ Veräußerungen an private Dritte (Volumen im Zeitraum 1994 bis 2001 : rd. 2,2 Mrd. Euro) unproblematisch.

Soweit die Erwerber den Kaufpreis durch Kredite vom Kapitalmarkt finanziert haben, ist dies für die Bewertung des Schuldenstandes nicht relevant.

Einzubeziehen sind aber Schulden, die stadteneigene Betriebe auf sich genommen haben, um den Erwerb von städtischem Vermögen zu finanzieren. Hierbei sind zwei Fallgruppen zu unterscheiden:

- Zwischenverkäufe (z.B. im Paket) an stadteneigene Betriebe mit dem Ziel der Weiterveräußerung (bei ggf. vorheriger Entwicklung) und entsprechenden Vereinbarungen hinsichtlich etwaiger überschüssiger Erlöse (1994 bis 2001: rund 0,2 Mrd. Euro),
- Veräußerungen an stadteneigene Gesellschaften, bzw. Rückführung von haushaltsfinanziertem Eigenkapital (1994 bis 2001: rund 1,05 Mrd. Euro).

Die stadteneigenen Betriebe haben die Kaufpreise so fast vollständig (bis auf 4 Mio. Euro) durch Kreditaufnahme finanziert.

Insgesamt ist es bei der Rückführung von haushaltsfinanziertem Eigenkapital der Anstalten des öffentlichen Rechts Hamburger Stadtentwässerung, Stadtreinigung Hamburg sowie Hamburger Friedhöfe zu Fremdkapitalaufnahme im Wert von 0,9 Mrd. Euro gekommen.

In gleicher Weise ist auch bei der Veräußerung städtischer Wohnungen im Wert von 101 Mio. Euro an die SAGA/GWG vorgegangen worden.

Nach Auffassung des Senats kann von einem Defizitausgleich nicht gesprochen werden, wenn sich in einer Gesamtbetrachtung das Vermögen der Freien und Hansestadt nicht verbessert hat. Im Klartext: es wurden zusätzliche Schulden aufgenommen, obwohl das Vermögen der Stadt durch Verkauf an sich selbst nicht gemehrt wurde.

Insgesamt lässt sich deshalb feststellen: Das Konsolidierungsprogramm von 1994 bis 2001 war notwendig, aber nicht ausreichend. Kurz vor der Wahl das Ende der Konsolidierung zu verkünden war unüberlegt, voreilig und falsch. Die, die an diese Behauptung glaubten, müssen jetzt umdenken und ihr Handeln neu ausrichten. Das gilt für alle: die Fraktionen, die Verwaltungsangehörigen und die öffentlichen Unternehmen. Konsolidierung bleibt eine Daueraufgabe für die nächsten Jahrzehnte.

### **Belastungen durch die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung**

Die dramatischen Einbrüche bei den Steuereinnahmen lassen sich durch die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erklären. Die falsche Solidarität der SPD-regierten Länder mit der Bundesregierung hat vielfach verhindert, dass im Bundesrat die Länderinteressen angemessen berücksichtigt wurden. Mit der Lösung bleibt Hamburg wie die anderen Länder und Städte in Deutschland allein gelassen. Vier Bereiche will ich ansprechen:

*Erstens: Großunternehmen zahlen in Deutschland (fast) keine Steuern mehr.*

Der Spiegel von vorgestern titelt „Das Milliarden Desaster. Panik in den Finanzämtern: Die rot-grüne Steuerreform sorgt dafür, dass viele Großkonzerne fast keine Steuern mehr zahlen. Zudem erhalten sie aufgrund umfangreicher Sonderausschüttungen, die sie wegen der anstehenden Systemänderung vorgenommen haben, teils Milliarden zurückerstattet. Finanzminister Eichel und seine Länderkollegen müssen unterm Strich mehr auszahlen, als sie einnehmen“ (S. 88). Als Finanzsenator eines Landes mit 16 Finanzämtern kann ich das nicht bestreiten.

Ab 2002 heißt das zusätzlich: die „Deutschland AG“ wird steuerfrei aufgelöst – der Mittelstand muss dagegen bei Unternehmensverkäufen Steuern bezahlen.

### **Zweitens: Umschichtung zu Lasten der Kommunen**

Hamburg ist als Stadtstaat Land und Kommune zugleich. Die Auswirkungen von Belastungsverschiebungen, z.B. durch das „Sparpaket“ der Bundesregierung, werden nicht im Bund, aber bei allen Kommunen unmittelbar spürbar. So stiegen die Sozialhilfeausgaben von 1998 bis heute um 35,8 Mio. Euro (von 1.045,2 Mio. Euro auf 1.081,0 Mio. Euro). Beim Wohngeld musste der Senat für 2001 über den Haushaltsansatz hinaus aufgrund eines Bundesgesetzes eine Nachforderung in Höhe von 10 Mio. Euro bei der Bürgerschaft beantragen. Beim Antiterrorpaket erhöhte der Bund zur Finanzierung seiner Aufgaben Bundessteuern (Tabak- und Versicherungsteuer); die Kommune, die ebenfalls die Lasten der Terrorfolgen tragen, erhalten nichts. Der neueste Vorschlag: Der Bund will Mautgebühren für LKW kassieren – aber will den Spediteuren zum Teil „Kompensation“ bei der Kfz-Steuer, einer ausschließlichen Landessteuer, anbieten.

### **Drittens: Weniger verfügbares Einkommen**

Das verfügbare Einkommen der Bürger, des „kleinen Mannes“, sinkt. Die Entlastung durch die Senkung des Steuertarifs und der Erhöhung des Kindergeldes wird durch die Erhöhung der Sozialabgaben und die Ökosteuer überkompensiert. So kann es zu einer Erhöhung der Binnennachfrage gar nicht erst kommen. In Zahlen: Die Gesamtbelastung stieg nach Berechnungen der Wirtschaftswoche z.B. bei einem Single-Haushalt um rund 60 Euro im Monat, bei einem berufstätigen Ehepaar mit zwei Kindern um rund 30 Euro im Monat und bei einem Ehepaar mit einem Verdiener und zwei Kindern immer noch um rund 7 Euro im Monat.

Wenn im Ergebnis das verfügbare Einkommen sinkt, kann durch Steuertarifsenkungen kein Aufschwung entstehen!

### **Viertens: Reformstau bei der Arbeitsmarktpolitik**

Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung wird von allen Fachleuten als gescheitert angesehen. Die Rechnung zahlen vor allem die Kommunen: Mehr Sozialhilfeausgaben, weniger Steuereinnahmen.

Die Folgen sind der von allen Sachverständigen bestätigte konjunkturelle Einbruch, der Deutschland zum Schlusslicht in der EU hat sinken lassen. Die Ursachen sind hausgemacht. Die Weltwirtschaft kann nicht länger als Entschuldigung vorgeschoben werden.

Das Ergebnis ist bedrückend: die finanzielle Basis der Städte und Gemeinden bricht weg. Sie darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Eine umfassende Reform der Finanzverfassung im Grundgesetz mag mittel- und langfristige ein erstrebenswertes Ziel sein. Sie darf aber nicht als Ausrede dafür genommen werden, die Sicherung der kommunalen Steuereinnahmen, also insbesondere die Reform der Gewerbesteuer, auf die lange Bank zu schieben. Für alle betreffenden Steuergesetze hat der Bund die Gesetzgebungskompetenz, die er offensichtlich vor der Bundestagswahl nicht mehr wahrnehmen will. Damit geht ein weiteres Jahr verloren: Für die Kommunen, für ihre Bürger und Betriebe.

### **Haushalt 2002: Neue Prioritäten und Wachstumsimpulse**

#### ***Politische Prioritäten werden durch Umschichtungen finanziert***

Angesichts der Ausgangslage und den bisherigen Erkenntnissen über die rückläufigen Steuereinnahmen stehen uns für die Verwirklichung der neuen politischen Schwerpunkte keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung. Wir finanzieren das politisch Notwendige allein durch Umschichtungen. Uns ist wichtig:

- Innere Sicherheit
- Bildung
- Justiz
- Stärkung des Wissenschaftsstandortes
- Verkehrsfluss

Deshalb verstärken wir diese Bereiche durch zusätzliche Mitarbeiter und investive Mittel.

### ***Investitionen stabilisieren die konjunkturelle Entwicklung der Stadt***

Mit einem 50 Mio. Euro Investitionsprogramm beseitigen wir den Instandsetzungsstau bei Schulen, Universitäten, Straßen und Kaimauern. Durch kleinteilige Vergaben unterstützen wir das örtliche Handwerk und sichern Beschäftigung im Ersten Arbeitsmarkt.

Die zusätzlichen Investitionen werden durch Kredite finanziert; damit folgen wir der einmütigen Empfehlung aller Wirtschaftsweisen.

### ***Flächen für die wachsende Stadt***

1960 hat die Bürgerschaft in dem „Gesetz über den Aufbauplan der Freien und Hansestadt Hamburg“ festgestellt, dass die Stadt Flächen für eine Bevölkerung von 2,2 Mio. Einwohnern ausweisen kann (und muss). Bürgermeister Brauer hatte Visionen. Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust knüpft hieran an.

Wir werden durch ein verbessertes Flächenmanagement mehr Flächen für Wohnen und Gewerbe zur Verfügung stellen.

Das schließt die Nutzung der Flächen von Bahn, Bundeswehr und Telekom sowie nicht genutzter Krankenhausflächen ein.

Dies stoppt den Rückgang der Bevölkerung insbesondere der jungen Familien und schafft alten und neuen Betrieben eine Basis in Hamburg. Beides stabilisiert Beschäftigung und Steuerkraft in der Stadt.

### ***Öffentliche Unternehmen dienen der wachsenden Stadt***

Die Unternehmen und Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg müssen dem Ziel der wachsenden Stadt dienen. Deshalb sind sie darauf hin zu überprüfen, ob sie der Sicherung des Standorts dienen. Dabei werden wir sie in drei Gruppen einteilen:



- (1) Unternehmen, die für die Infrastruktur der Stadt zwingend erforderlich sind. Hier kann in Einzelfällen der Verkauf von Anteilen sinnvoll sein, allerdings wird die Bewahrung eines beherrschenden öffentlichen Einflusses regelmäßig im Interesse Hamburgs geboten sein.
- (2) Unternehmen, die insbesondere für die langfristige Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hamburg von herausragender Bedeutung sind. Der Senat wird sich für eine Fortentwicklung dieser Unternehmen einsetzen, um Zukunftsbranchen zu stärken und die Leitung dieser Konzerne dauerhaft an Hamburg zu binden. Vor diesem Hintergrund wird auch zu entscheiden sein, in welchem Umfang der Einfluss der Freien und Hansestadt Hamburg weiterhin mit Kapitalanteilen gesichert werden muss bzw. in welchem Umfang Anteile verkauft werden können.
- (3) Bei Unternehmen, die nicht unter die genannten Gruppen fallen, ist eine weitere Beteiligung der Freien und Hansestadt Hamburgs nicht erforderlich. Derartige Unternehmen können daher vollständig privatisiert werden.

Der Senat beabsichtigt, den Beteiligungsbestand der Freien und Hansestadt Hamburg entsprechend zu überprüfen. Dabei werden die Interessen des Standortes, der Hamburger Unternehmen und der Mitarbeiter berücksichtigt. Veräußerungserlöse sollen aber nicht dazu dienen, Haushaltslöcher im Betriebshaushalt zu stopfen, sondern vorrangig neue Investitionen zu finanzieren – wir wollen aus altem Vermögen neues Vermögen schaffen.

### **Risiken 2002 beherrschbar**

Im Unterschied zu den Vorjahren stehen uns bei der Einbringung des Haushalts 2002 auch schon Erkenntnisse aus dem Haushaltsverlauf 2001 zur Verfügung. Sie lassen eine konkrete Beurteilung der möglichen Risiken zu:

Mehrausgaben aufgrund von Gesetzesänderungen des Bundes sind nicht zu erwarten. Größte Unbekannte sind die Steuereinnahmen. Sie hängen von der Konjunktur und der Reaktion insbesondere der Kapitalgesellschaften auf die Unternehmensteuerreform ab. Betroffen sind vor allem die Körperschaft- und Gewerbesteuererinnahmen. Klarheit wird erst die Steuerschätzung im Mai 2002 bringen. Erst danach werden und können wir die mittelfristige Finanzplanung neu vorlegen – dies entspricht der Praxis im Bund, den Ländern und in Hamburg.

Die jüngsten Aussagen der Bundesregierung zur Konjunktorentwicklung lassen jedoch wenig Hoffnung auf steigende Einnahmen zu. Wir können nur hoffen, dass die Einnahmen nicht

noch weiter als im Jahresdurchschnitt 2001 sinken werden. Da ist es ein schwacher Trost, dass mit den sinkenden Steuereinnahmen auch die Abführungen an die finanzschwachen Länder im Länderfinanzausgleich geringer sein werden. Da alle Länder und der Bund weniger Steuern einnehmen, sinkt insgesamt das Niveau des Länderfinanzausgleichs. Sollten die Steuereinnahmen 2002 aber geringer als geplant ausfallen, wollen wir Hamburgs Steuer-mehreinnahmen nutzen, die wir aufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Rechtswidrigkeit der Erhebung einer Förderabgabe auf Erdgas in Niedersachsen zu erwarten haben. Damit haben wir Vorsorge für den Fall sinkender Steuereinnahmen aufgrund der Steuerschätzung im Mai 2002 getroffen.

### **Ausblick 2003: Aufgabenkritik ohne Denkverbote**

Die Ergebnisse der Steuerschätzung im Mai entscheiden mit über die weitere finanzpolitische Entwicklung, vor allem bei den Ausgaben. Dabei zeichnet sich schon heute die Gefahr weiterer struktureller Mindereinnahmen ab. Darauf haben wir reagiert. Mit der Einrichtung von 5 Kommissionen, die ohne Denkverbote Vorschläge für strukturell wirksame Aufgabenkritik vorlegen werden. Folgende Bereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- **Bezirks-Benchmarking 1: Fachliche Aufgabenwahrnehmung, insbesondere in den Bereichen Sozialhilfe, Hilfen zur Erziehung sowie offene Kinder- und Jugendarbeit:** In diesen Bereichen werden durch die Behörde für Soziales und Familie sowie die Bezirksamter erhebliche Finanzvolumina verwaltet, die künftig noch sparsamer und effizienter eingesetzt werden sollen.
- **Bezirks-Benchmarking 2: Anpassung der Personalausstattung an veränderte Aufgabenwahrnehmung:** Die sieben Hamburger Bezirksamter sind in ihrer Aufgabenstruktur weitgehend vergleichbar. Ein Benchmarking im Bereich der Personalausstattung soll dabei helfen, sich untereinander zu vergleichen, um von den jeweils Besten lernen und damit Aufgaben noch besser und effektiver erfüllen zu können.
- **Überprüfung von Organisationsstrukturen:** Zentrale Planungs- und Intendanzeinheiten sowie dezentrale und zentrale Verwaltungseinheiten in den Bereichen Bauverwaltungen, Beteiligungsverwaltungen, zentrale Stäbe, Fuhrpark, Behörden-Transport-Service, Ebenen in den Behörden und Reparaturbetriebe sollen in Hinblick auf eine Veränderung ihrer Organisationsstrukturen betrachtet werden. Die Aufgabenstellungen sind sehr unterschiedlich und können sowohl die Änderung von Vorschriften wie auch die Änderung der Rechtsform umfassen und werden daher mit differenzierten Methoden und Herangehensweisen zu bearbeiten sein. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Behörden und Bezirksamtern werden kurzfristig einzusetzende Arbeitsgruppen für jeden Einzelbereich umsetzungsfähige Vorschläge erarbeiten.

- Erneute Bewertung der Ergebnisse vorliegender aufgabenkritischer Untersuchungen: In den vergangenen Jahren sind in vielen Behörden Vorschläge zur Aufgabenkritik entwickelt worden, die bisher nicht umgesetzt worden sind. All diese Vorschläge sollen vorurteilsfrei erneut überprüft und um neue Ideen für eine schlankere Aufgabenwahrnehmung ergänzt werden.
- Der Senat strebt die Konzentration auf staatliche Kernaufgaben an. Die Aufgabenkritik wird sich deshalb auch auf die öffentlichen Unternehmen erstrecken.
- Synergieeffekte durch neue Aufgabenverteilung, Public-Private- und Public-Public-Partnership: Staat, Bürger und Wirtschaft können in vielen Bereichen besser zusammenarbeiten, um Steuergelder zu sparen und Verwaltungskunden besseren Service zu bieten. Entsprechende Initiativen wird der Senat gemeinsam mit Vertretern der Hamburger Wirtschaft vorantreiben. Wir streben dabei auch eine engere Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg/Schleswig-Holstein/Süderelbe mit unseren Nachbarn an.

Die Arbeit an diesen Schwerpunkten wird so zügig vorangetrieben, dass erste Ergebnisse bereits bei der Aufstellung des Haushalts 2003 im April 2002 berücksichtigt werden können.

## **Schluss**

Ich zitiere noch einmal den Ersten Bürgermeister (Regierungserklärung): „Das Ziel heißt: Hamburg als pulsierende wachsende Metropole.“

Mit dem Haushalt 2002 ist ein erster Schritt getan, mit dem Haushalt 2003 erfolgt dann eine Neuausrichtung des Haushalts an diesem Ziel insgesamt.

**Kontakt: Pressestelle der Finanzbehörde, Burkhard Schlesies - Telefon (040) 428 23-1662 - Telefax - 2230, E-Mail: burkhard.schlesies@fb.hamburg.de**